

Fortsetzung von Seite 1

## SoVD übernimmt Vorsitz im DBR

hilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V.) betonte die Chancen, aber auch die Herausforderungen an inklusiven Schulen, allen Kindern Bildungsmöglichkeiten zu eröffnen und allen Bedarfen gerecht zu werden, statt auszusortieren.

Erika Huxold (Bundesministerium für Arbeit und Soziales, BMAS) würdigte in ihrer Ansprache die Arbeit der Verbände als Partner an der Seite des Ministeriums. Auch für das BMAS sei die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention eine zentrale Aufgabe der Legislaturperiode. Hierzu werde es einen Nationalen Aktionsplan unter Einbindung von Bund, Ländern, Kommunen und der Zivilgesellschaft geben. Als Ziele definierte Erika Huxold das In-



**Dinah Radtke (ISL) appellierte daran, Betroffene als Experten einzubinden.**

gangsetzen einer gesamtgesellschaftlichen Debatte um Inklusion, die Entwicklung eines Leitbildes

der Behindertenrechtskonvention für alle Akteure und eine „Kultur des Denkens in gemeinsamer Verantwortung“.

Für den bis zur Veranstaltung von der Bundesregierung noch immer nicht benannten Behindertenbeauftragten (*Anmerkung der Redaktion: Inzwischen ist der CDU-Politiker Hubert Hüppe als Beauftragter benannt worden*) sprach Torsten Einstmann aus dem Arbeitsstab. Er würdigte die großen Herausforderungen zur Umsetzung der Konvention.

Andreas Bethke (Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband, DBSV) hob vor allem hervor, dass Barrierefreiheit notwendig sei, um Teilhabe zu ermöglichen. Ziel müsse es sein, aus der Expertennische herauszukommen und ein „Design für alle“ hervorzubringen.

Dinah Radtke (Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V., ISL) appellierte in ihrem Redebeitrag daran, die Betroffenen als Experten in eigener Sache in den Umsetzungsprozess zur Konvention eng einzubinden.

Mit Empörung nahmen die Tagungsteilnehmer zur Kenntnis, dass weder ein Vertreter der Unionsfraktion noch die behindertenpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion der Einladung des DBR gefolgt waren. So diskutierten allein Vertreter/-innen der Oppositionsfractionen über behindertenpolitische Fragen. Dabei wurden viele Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede deutlich.

Insgesamt wurden von den Teilnehmern zahlreiche Ansätze und



Fotos (4): Schlemmer

**Hannelore Loskill von der Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe übergab symbolisch den Staffelstab an SoVD-Präsident Adolf Bauer.**

Perspektiven der Politik für die kommende Legislaturperiode aufgezeigt.

In diesem Kontext kündigte SoVD-Präsident Bauer an, dass die Verbände den Umsetzungsprozess der Konvention nicht allein intensiv begleiten, sondern den Regierungsbericht an die UN 2011 zudem um einen „Schattenbericht der Verbände“ ergänzen würden.



**Vertraten den SoVD (v.li.) bei der Festveranstaltung: Hans-Jürgen Leutloff, Abteilungsleiter Sozialpolitik im SoVD-Bundesverband, Pressesprecher Benedikt Dederichs und Claudia Tietz, sozialpolitische Referentin.**



**Vertreter/-innen der Behindertenverbände diskutierten mit Bundestagsabgeordneten der Opposition über behindertenpolitische Fragen.**

Studie stützt SoVD-Forderungen nach solidarischem Versicherungssystem

## Gesundheitspolitik gegen den Willen der Versicherten

Seit 2001 führt die Bertelsmann Stiftung im Rahmen ihres Gesundheitsmonitors Befragungen über den Zustand der ambulanten Versorgung in Deutschland durch. Aktuell wurden die Versicherten nach ihrer Einschätzung der Reformen im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gefragt – mit einem eindeutigen Urteil: Das Solidarprinzip

der GKV soll erhalten bleiben! Diese Aussage bestätigt die Forderungen des SoVD, der die schwarz-gelbe Regierung wiederholt vor einseitigen Belastungen der gesetzlich Versicherten gewarnt hat. Angesichts der in diesem Jahr zu befürchtenden Erhebung von Zusatzbeiträgen einzelner Krankenkassen gewinnt diese Warnung zusätzlich an Brisanz.

Mit Antritt der neuen Bundesregierung kündigten sich im vergangenen Jahr vor allem im Gesundheitsbereich massive Einschnitte an. Eine von allen Versicherten in gleicher Höhe zu zahlende Gesundheitspauschale soll die bisherige Regelung ablösen, nach der sich die Krankenversicherungsbeiträge prozentual an der Höhe des Einkommens orientieren. Langfristiges Ziel: Kostensteigerungen im Gesundheitswesen sollen von den Lohnzusatzkosten abge-

löst werden, um so die Arbeitgeber zu entlasten. Deren Beitragsanteil an der Finanzierung der Krankenversicherung soll zudem eingefroren werden, sodass Kostensteigerungen künftig allein von den Versicherten getragen werden müssten – etwa in Form von Zusatzbeiträgen. Deren Erhebung durch einzelne Krankenkassen wird für 2010 immer wahrscheinlicher; eine Entwicklung, die nach Überzeugung von SoVD-Präsident Adolf Bauer den sozialen

Konsens der solidarischen Finanzierung der Gesundheitskosten infrage stellt und in keinster Weise dem Willen der Versicherten entspricht. Eine aktuelle Studie bestätigt diese Aussage.

Die Bertelsmann Stiftung führte im Rahmen des Gesundheitsmonitors 2009 eine repräsentative Befragung bei Versicherten und Patienten zu den aktuellen Reformen innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) durch. Die Ergebnisse belegen, dass eine überwiegende Mehrheit der Befragten sich mit den Forderungen des SoVD zur Gesundheitspolitik identifiziert. Eine Auflösung der GKV – wie dies noch im Frühjahr 2009 von der FDP gefordert wurde – lehnen danach 93 Prozent der Befragten ab. Vielmehr sprechen sich die Versicherten mehrheitlich dafür aus, die Systemdefizite zu beheben und den einheitlichen Leistungskatalog beizubehalten.

Deutlich abgelehnt wird sowohl ein System mit umfassenden Wahlтарifen als auch die Variante einer medizinischen Grundsicherung, die bestimmte Krankheiten und Therapien nicht mehr einschließt. Konkret lehnen es mehr als zwei Drittel der Studienteilnehmer ab, einen weiteren Teil der Leistungen im Versorgungssystem privat zu bezahlen. Dagegen fordert eine große Mehrheit von 82 Prozent, die Notwendigkeit medizinischer Leistungen und vor allem deren Qualität im Einzelfall



Foto: james steidl / fotolia

**Die Diskussion über einen Umbau der GKV verunsichert vor allem ältere Menschen, die auf eine umfassende Versorgung angewiesen sind.**

stärker zu kontrollieren.

Den Blick auf die Ausgabenseite hat auch der SoVD wiederholt angemahnt. Gerade im Bereich der Arzneimittel könne es bei gleichbleibender Versorgungsqualität zu Kostensenkungen kommen. Zudem müsse die private Krankenversicherung (PKV) in die Finanzierung eines solidarischen Gesundheitssystems mit einbezogen werden. Besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang ein weiteres Ergebnis der Befragung, wonach schon jetzt die Mehrheit der Versicherten in ihrem Alltag eine Zweiklassenmedizin erlebt; vier von fünf Interviewten (81 Prozent)

befürchten, dass ihre Krankenversicherung künftig wichtige Leistungen nicht mehr übernehmen wird.

In welcher Weise die Politik auf diese Befürchtungen eingeht, ist bisher unklar. Details zu der geplanten Gesundheitspauschale sollen erst im Laufe des Jahres erarbeitet werden, ihre Einführung ist frühestens für 2011 vorgesehen. Vor allem ältere und chronisch kranke Menschen sind durch die anhaltende Diskussion über eine weitere Gesundheitsreform verunsichert. Sie haben Klarheit verdient. Und sie haben es verdient, dass ihre Ängste ernst genommen werden.

jl/jb

### Wie gerecht empfinden Sie die Solidarprinzipien innerhalb der GKV?

Gutverdiener unterstützen Niedrigverdiener

83 %

Alleinstehende unterstützen Familien

62 %

Junge unterstützen Alte

75 %

Gesunde unterstützen Kranke

76 %

Daten: Bertelsmann Stiftung

**Die Versicherten in Deutschland bekennen sich zum Prinzip der Solidarität innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung. Am größten war die Zustimmung (83 Prozent) zu der Frage, ob sich Gutverdiener stärker an der GKV-Finanzierung beteiligen sollen als Einkommensschwache.**